

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 75 Heller

Redaktion u. Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Laub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

3. Jahrgang

Dienstag, 29. März 1938

Nr. 74

Ministerpräsident Dr. Hodža im Rundfunk:

Die Minderheitenpolitik der Regierung

Verfassung als Grundlage / Minderheitenstatut / Keinem Druck von außen nachgeben

Ministerpräsident Dr. Hodža hielt Montag abends im Prager Rundfunk seine mit Spannung erwartete Rundgebung. Zur Minderheitenfrage konstatierte er, daß die Politik des 18. Februar und das Vertrauen der westlichen Demokratien erworben habe, die heute die Stütze unserer staatlichen Sicherheit sind. Als feste Grundzüge unserer Minderheitenpolitik bezeichnete er: wahrhafte Staatsgesinnung, die Verfassung und den Grundsatz, daß keine wie immer geartete Entnationalisierung geduldet werden dürfe. Er stellte eine Kodifizierung der schon praktizierten Maßnahmen auf dem Gebiete der Minderheitenpolitik in Form eines Minderheitenstatuts in Aussicht, betonte dabei aber nachdrücklich, daß die Regierung keinem wie immer gearteten Druck von außen weichen werde. Heute sei die Position der Tschechoslowakei nach der bösen Epoche der mitteleuropäischen Krise fester und sicherer als vorher.

Die Rede des Ministerpräsidenten Dr. Hodža, die gestern über alle tschechoslowakischen Sender übertragen wurde, gliederte sich in zwei Teile. In ihrem ersten Teil rekapitulierte Dr. Hodža die außenpolitischen Vorgänge, soweit sie ihren Niederschlag in diplomatischen, die Tschechoslowakei betreffenden Erklärungen gefunden haben. Der Ministerpräsident zitierte die Rede Chamberlains und fügte an dieser Stelle hinzu:

Bei aller Mäßigkeit, bei allem Kriticismus, kann man jetzt konstatieren, daß nach dieser Rundgebung die Sicherheit der Tschechoslowakei im System der europäischen Zusammenarbeit gestärkt ist. Unsere Erklärung vom 4. März wurde also richtig aufgefaßt, und zwar nicht nur überall in Europa, sondern insbesondere auch in England. Zweifelslos war die heute Rundgebung des britischen Ministerpräsidenten eine weitere Tat für die europäische Konvergenz. Vielleicht wird ihm einmal die Gelegenheit das Zeugnis ausstellen, daß er sich in dieser Zeit um den Frieden verdient gemacht hat.

Ferner wiederholte Dr. Hodža Chamberlains Worte über die deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei und sagte:

Es muß vor allem betont werden, daß dieses Interesse des britischen Ministerpräsidenten für unsere Minderheitenpolitik eine feste völkerrechtliche Grundlage im Minderheitenschutzvertrag hat, der am 10. September 1919 in St.-Germain an die Welt abgeschlossen wurde. Die Tschechoslowakei hat somit die Rundgebung des Vorsitzenden der britischen Regierung mit Freude zur Kenntnis genommen.

Ich weiß und begreife auch vollkommen, daß bei uns viele mit der Minderheitenpolitik nicht übereinstimmen, wie wir sie am 18. Februar 1937 ergänzt haben.

Sogar die ehemaligen deutschen Aktivisten wählten sich für verpflichtet, ihre Lügen und Ungenauigkeiten vorzuerklären. Doch ist es überaus interessant, das Organ der deutschen Christsozialisten zu lesen, in welchem gerade im Zeitpunkt ihres Eintritts in die Opposition am 25. März d. J. ausdrücklich erklärt wurde, daß es sich heute Geltung hat, daß seit dem 18. Februar 1937 wertvolle Erfolge erzielt wurden, welche tausenden Volksgenossen Beschäftigung, Arbeit, Brot und Hilfe wiedergebracht haben. Sehr ernste Zweifel hatten bezüglich der Politik des 18. Februars auch viele tschechisch-nationalistische. Heute jedoch ist es klar, daß gerade unsere traditionelle und seit dem 18. Februar 1937 neu ausgerichtete Minderheitenpolitik das Vertrauen derjenigen befestigt hat, welche jetzt so eindeutig energische Stütze unserer staatlichen Sicherheit sind.

Die Regierung der Republik wird konsequent in der Regelung unserer nationalen Verhältnisse im Rahmen der Verfassung fortfahren.

Wollen wir in dieser Hinsicht ein Werk zustandebringen, dessen Geltung endgültig wäre, müssen wir vor allem die neue innenpolitische Situation nach dem Austritt eines Teiles der deutschen Aktivisten aus der Regierung richtig verstehen. Die deutschen Aktivisten trugen mit uns die gleiche Verantwortung. Auch wenn sie jetzt weggefallen sind, wollen wir den Versuch einer wohlwollenden Erklärung ihrer Krise machen.

Die Hochkultur des deutschen Nationalismus hat die anderen Gesinnungs-

elemente vieler unserer deutschen politischen Gruppen in den Hintergrund gedrängt. Wenn wir jedoch die neue Situation der Deutschen in unserer Republik mit nüchternem Kriticismus überprüfen, so können wir nicht leugnen, daß eine ganze Reihe von Maßnahmen im Bereiche der Minderheitenpolitik schon seit längerer Zeit Gegenstand des gemeinsamen Ueberbieten und der Rivalität zwischen den deutschen politischen Parteien geworden ist. Auf unsicherem Boden kann man nicht gehen.

Wir treten in eine neue Periode unserer Minderheitenpolitik ein. Doch muß nach allen Seiten hin Klarheit darüber herrschen, daß jede Minderheitenregelung in der Tschechoslowakei auf festen Voraussetzungen beruht, welche sind:

unsere Staatlichkeit, unsere Verfassung, keine Entnationalisierung

— weder der Deutschen, Magyaren, Russen und Polen, noch selbstverständlich auch der Tschechen und Slowaken. Alle tschechoslowakischen Staatsbürger stehen unter dem Schutz des Staates und der Regierung, mögen sie wo immer in der Republik leben. Die Regierung wird in keinem Falle und keiner Form einen wirtschaftlichen, moralischen oder politischen Druck zulassen.

Wir müssen uns aber einmal eingestehen, daß unsere Minderheitenpolitik noch immer unter einer gewissen Unproportionalität leidet. Die Tschechoslowakei war und ist in großen Dingen gegenüber ihren Deutschen großzügig und freigebig, in kleinen Einzelheiten jedoch. Unsere Deutschen haben Hoch-, Mittel- und Hauptschulen in voller Proportion, manchmal auch über diese Proportion hinaus. Der tschechoslowakische Staat gewährt also vom ersten Tage seiner Erneuerung an seinen Deutschen der geistigen Quell, aus welchem so viele kulturelle und sittliche Kräfte strömen, daß das Ergebnis gar nicht anders als ein kultureller und in jenem Besitze ein politischer Nationalismus sein kann. Die Republik hat also mit großzügiger Hand ihren Deutschen die kulturellen Voraussetzungen für ihren Nationalismus geschenkt.

Heute ist es an der Zeit, in einem einheitlichen, gesetzgebenden Akt alle schon gültigen Minderheitenmaßnahmen, ob sie nun in der Verfassungsurkunde oder dem Spra-

chengesetz und in einer ganzen Reihe von legislativen und administrativen Teilmassnahmen enthalten sind, zu einem systematischen Ganzen zusammenzufassen. Wir behaupten mit Recht, daß wir in der Tschechoslowakei den relativ vollkommene Komplex der Minderheitenrechte geschaffen haben. Weil wir jedoch aus ihnen noch kein kodifiziertes System gemacht haben, kann böser Wille in der uninformierten Welt den Eindruck hervorrufen, daß die Minderheiten bei uns nicht frei atmen können, und wenn sie es können — so erst seit dem 18. Februar 1937.

Es ist also ein Gebot der Zweckmäßigkeit und der Ordnung, das wertvolle Werk unserer Minderheitenpolitik auch in formaler Hinsicht zu vollenden. Darum berät die Regierung über ein Minoritätenstatut der Republik. Wir werden damit der Propaganda ein Ende bereiten, die von so vielen Seiten gegen unseren guten Willen und gegen unsere ehrliche Arbeit geführt wird.

Nach der historischen Erklärung des britischen Ministerpräsidenten, der zu der europäischen Klärung und damit auch zur Klärung der tschechoslowakischen Position einen so wertvollen Beitrag beigetragen hat, wird es niemandem einfallen, uns noch anzuschwärzen, daß wir unsere Minderheitenpolitik unter einem Druck von Außen machen. Aus der politischen Praxis der letzten zwei bewegten Jahre kann ich mit ruhigem Gewissen betonen, daß, wann immer irgend ein ausländischer Einfluß auf unsere innere Politik versucht worden ist, wir niemals diesem Versuch nachgegeben haben und auch nicht im Sinne haben, an unserem Vorgehen etwas zu ändern. Wir machen und werden das machen, was unserem eigenen Willen und unserer staatlichen Souveränität im Zusammenwirken mit unseren heimischen Faktoren und im Rahmen der vertraglich angenommenen Verpflichtungen entspringt.

Dr. Hodža quittierte dann mit Dank, daß eine geradezu riesige Majorität unserer Öffentlichkeit der Regierungserklärung vom 4. März ihre volle Zustimmung kundgegeben hat. Jetzt, nach einer überwundenen Epoche der europäischen Krise dankt er allen für diesen Beweis vor der ganzen Welt, daß unser Volk in einer großen Zeit weder kleinlich noch schwach ist.

Die Regierung der Republik hat das starke Gefühl, daß sie sich auf jemanden stützen kann. Dieses Bewußtsein und das Gefühl der eigenen Stärke, Ruhe und Besonnenheit, die Friedensliebe ebenso wie der Mut und die Be-

Aus dem Inhalt:

Jaksch
über den Weg der Partei

Rehwald-Plan
für Arbeit und Wohlstand

Schlußbericht vom Parteitag

Die neuen
Parteikörperschaften

Der Parteitag zur weiteren Taktik der DSAP

Der Parteitag der DSAP in Prag nahm am Sonntag einstimmig den folgenden Antrag über die weitere Politik der Partei an:

Der Parteitag bevollmächtigt den Parteivorstand, im Sinne der programmatischen Erklärungen des Parteivorstandes Jaksch alle notwendigen innerpolitischen Verhandlungen zu führen und auf Grund ihrer Ergebnisse die Entscheidung über die weitere Taktik der Partei zu treffen.

Damit ist dem Parteivorstand für alle politischen Entscheidungen freie Hand gegeben.

reitschaft, das alles hat uns dabei und in Europa eine Position errungen, von der gesagt werden kann, daß sie fester ist, als sie vor der gegenwärtigen Krise war.

Wenn sich hier und da ein Defizit aus dem moralischen Solidarismus unseres Volkes ausschleicht, so schließt er sich für alle Mal aus. Diese einfache Mahnung möge genügen: Staat und fest sind Nation und Staat, Staat und fest ist seine Regierung.

Abschließend stellt Dr. Hodža fest, daß keine internationale Gefahr, keine Konfliktsgefahr in der Nachbarschaft bestehe und in ganz Europa eine Situation sei, in welcher man zu einem friedlichen Abkommen gelangen könne und müsse. Die Tschechoslowakei arbeitet gemeinsam mit anderen dazu. Auch im Innern werden wir weiter ruhig vorgehen. Niemand wird sich in irgend etwas übereilen.

In den Regierungs- und parlamentarischen Krisen werden wir unsere Arbeiten weiter auf dem bewährten demokratischen Wege in Zusammenarbeit mit allen denselben fortführen, die bei uns Ruhe, Ordnung und friedliche Festigung des Staates wünschen. Die Diskussionen treten zurück und den Weg bahnen sich Taten und Handlungen. Auch in der neuen mitteleuropäischen Situation soll sich die hohe moralische, organisatorische und technische Tätigkeit der Republik erweisen.

Die Tschechoslowakei hat ihre Mission auf diesem empfindlichen Punkte Europas: das Einvernehmen und das Zusammenwirken der Nationen zu organisieren. Diese Mission ist heute für uns und für Mitteleuropa und für ganz Europa und dessen Frieden ein elementares Interesse. Diese Mission werden wir eifrig erfüllen.

Schuschnigg vor das Reichsgericht?

London. Der Neuter-Berichterstatter in Wien meldet, daß sich Schuschnigg vor dem Obersten Gerichte in Leipzig zu verantworten haben wird, daß auch Dimitroff und Van der Lubbe in Angelegenheit des Reichstagsbrandes aburteilt. Schuschnigg werde nicht hoch beschuldigt werden, daß er zur Zeit des Prozesses mit dem des Nordes an Bundeskanzler Dollfuß beschuldigten Planelta Justizminister war, für diesen ihm zur Last gelegten Justizirrtum verantwortlich gemacht werden.

Die Kirche unterwirft sich

Wien. In den Kirchen wurde ein Aufruf der österreichischen Bischöfe verlesen, der vom Kardinal Innitzer und dem Salzburger Fürstbischof Waib unterzeichnet ist. Die Bischöfe konstatieren darin „aus innerer Ueberzeugung und mit freiem Willen“, daß die nationalsozialistische Bewegung für die ärmsten Schichten Hervorragendes geleistet habe und daß durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des Bolschewismus abgewendet worden ist. Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und bezeichnen es als selbstverständliche nationale Pflicht, sich am Tage der Volksabstimmung zum Deutschen Reich zu bekennen.

Nur diese Leistung hat sich Kardinal Innitzer zweifellos die Goldene Parteiadel verdient, die kürzlich erst Papen für die Vorbereitung des österreichischen Umsturzes erhalten hat.

Der Parteitag an den Präsidenten der Republik

Der Prager Parteitag der DSAP beschloß einstimmig und begeistert, die Absendung folgender Depesche an den Präsidenten der Republik:

Der Parteitag der einigen und geschlossenen deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei entbletet dem Präsidenten der Republik seinen Gruß und den Ausdruck der Liebe und Verehrung. Die Partei gelobt auf neue der Republik Ihre Treue und bekundet ihre unerschütterliche Bereitschaft, unsere Demokratie und Freiheit mit aller Kraft zu verteidigen.

Der Parteitag der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Adler einmal gesagt hat: „Populär- im Dienste der Bewegung erworben...“

Zur Zusammenarbeit aller Genossen und Genossinnen als Soldaten der Partei...

Aragonschlacht immer heftiger

Barcelona. Sonntag waren die Kämpfe noch viel härter als vorher. Der Feind richtete seine Hauptangriffe auf Canadnoch und Fraga...

Am Sektor südlich des Ebro haben die Rebellen mit ihrer Luftwaffe in Richtung auf La Cordonera...

Nördlich des Ebro gelangten die Vorhut der Armee des Generals Jague Montag vormittags bis 20 Kilometer vor Lerida.

Die Bayern abgezogen?

Innsbruck. Die deutschen Truppen in Tirol und Vorarlberg, zum größten Teile bayerische Formationen...

Neue Terrorakte in Jerusalem

Jerusalem. Der Terror in Palästina ist erneut ausgebrochen. Auf der Straße zwischen Safsef und Alko wurden vier jüdische Insassen eines Lastwagens...

Japan will die Ostchinnabahn nicht bezahlen

Moskau. Die Presseagentur Tschit teilte mit, daß die Regierung des Staates Mandschurien für den 23. März d. J. fällige Ratenzahlung in der Höhe von sechs Millionen Yen...

Die Regierung der Sowjetunion übergab darauf der japanischen und mandschurischen Regierung eine scharfe Protestnote...

Ein sudetendeutsches Friedens- und Aufbauprogramm

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie hat nicht nur die politische Linie der Partei bestimmt, wie dies in der programmatischen Rede des neuen Parteivorsitzenden Wenzel Jaksch hervorgegangen ist...

Der Kampf gegen die Krise

Die Weltwirtschaftskrise hat den industriellen Produktionsapparat der Tschechoslowakischen Republik schwer erschüttert...



Franz Rehwald

einigen Exportindustrien dauernde Schädigung verursacht. Durch die Industrialisierung der südeuropäischen Agrarstaaten...

Der Parteitag der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei anerkennt, daß durch einige Maßnahmen der Handels- und Wirtschaftspolitik...

werden konnte. Durch die Devaluation der tschechoslowakischen Währung ist die Konkurrenzfähigkeit unserer Exportindustrien...

Das Ergebnis der bisherigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung war die Wiedereingliederung der Tschechoslowakei in den Aufschwung des Welthandels...

Wirtschaftsplan ist notwendig

Der Parteitag erklärt jedoch in Uebereinstimmung mit den schon bisher vertretenen Forderungen der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei...

Der Parteitag erklärt als wichtigste Gegenwartsaufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik die systematische Förderung der industriellen Ausfuhr...

Die Aufgabenaufstellung der handelspolitischen Beziehungen eine der wichtigsten Vorbedingungen für die Erhöhung unserer Ausfuhr...

Die Aufgaben der Handelspolitik

Der Parteitag begrüßt daher die erfolgreichen Bemühungen der tschechoslowakischen Regierung, durch Erweiterung des Reichs unserer Handelsverträge...

Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit unserer Exportindustrien

1. Sofortige großzügige Durchführung der Steuerreduzierung an unsere Exportindustrien...

2. Wiedereinführung der Bevorzugung der Clearingverordnungen durch die Landes-, bzw. Nationalbank.

3. Die Förderung und Erleichterung von Kompensationsgesellschaften...

4. Ausgestaltung des Exportinstitutes durch:

a) Organisation und staatliche Mitfinanzierung von Wanderausstellungen...

b) Finanzierung und Beteiligung der tschechoslowakischen Industrie an Auslandsmessungen...

c) Organisation von Industriekenntnis- und Gewerkschaftsdelegationen...

d) Organisation und finanzielle Unterstützung von Auslandsreisen...

e) Beratung der mittleren und kleinen Exportfirmen...

5. Erhöhung der dem Exportinstitut zur Verfügung stehenden staatlichen Mittel...

6. Errichtung eines Exportkreditinstitutes zur Sicherung, Errichtung und Verbilligung des Exportkredits.

7. Errichtung eines Ministeriums für Industriewirtschaft und Außenhandel...

8. Abschluß langfristiger Handelsverträge.

9. Planmäßiger Aufbau der Clearingverträge...

10. Gewährung von besonderen Frachtenbegünstigungen...

11. Stärkere Berücksichtigung der sudetendeutschen Exportindustrien...

Neue Wege der Kreditpolitik

Der Parteitag stellt fest, daß eines der größten Hindernisse für die Vergrößerung der industriellen Produktion in den Grenzgebieten...

Der Parteitag begrüßt daher die erfolgreichen Bemühungen der tschechoslowakischen Regierung...

Zwecks weiterer Erhöhung unserer industriellen Ausfuhr...

1. Einführung der offenen Marktpolitik.

2. Festlegung einer Frist für die Erledigung von Ansuchen...

3. Zweckmäßige Organisation des langfristigen Industriekredits...

4. Errichtung eines Amtes für den wirtschaftlichen Wiederaufbau...

5. Einstellung eines Betrages von jährlich wenigstens 20 Millionen Kč...

6. Ermöglichung kostenspezifischer Beistellung...

7. Zeitlich beschränkte Steuerermäßigungen...

8. Sollfreie Einfuhr von Maschinen...

9. Beschränkung dieser Maßnahmen auf die Gebiete...

Von unseren Kinderfreunden

2. bis 5 Juli 1938
1. Reichsfalkentreffen
In Ausslg a. E.



30. Juni bis 20. Juli 1938
3. Reichszeltlager
bei Großpriesen a. E.

Die Hakenkreuzler. In der Nacht vom 22. auf den 23. März und in der Nacht vom 24. auf den 25. März wurden in M a h r e - T r ü b a u an Orte selbst verfertigte Hakenkreuze (aus Papier) gestreut.

Flugzeugabsturz über Sardinien. Das französische Militärflugzeug Type „Marcel Bloch 900“, an dessen Bord sich der Offizier Inemarc und drei Unteroffiziere befanden, stürzte bei Cagliari in Südardinien brennend ab.

Vier maskierte Räuber überfielen am Sonntag nachmittags den Landfig des New Yorker Millionärs Charles Milgrim bei Woodbury in der Nähe von New York.

Auf der Propagandareise verunglückt. Der ehemalige Bürgermeister der Stadt Ojion in Spanien, Abelino Gonzales Malada, wurde in Virginia bei einem Automobilunfall getötet.

Kritischer Bomber abgestürzt. Auf der Höhe von West stürzte während der britischen Flottenmanöber ein Bomberflugzeug mit seiner sechsstündigen Besatzung und einem Pressevertreter ab.

Die ängstliche Schweiz. Der Baseler Korrespondent des Deutschen Nachrichtenbüros meldet: Der Zentralvorstand des Vereines der schweizerischen Presse hat an die Internationale Vereinigung der Journalisten folgende ultimative Forderung gerichtet: „Umwandlung der Internationalen Journalistenvereinigung in eine permanente internationale Pressekommission...“

Abdul Gamids Menschenhauttrommeln. Im Auftrag des New Yorker Völkerkundemuseums hat der Agent A. Watkins in Istanbul zwei Trommeln erworben, die früher im Besitze des „roten Sultans“ Abdul Hamid gewesen waren.

Das konsolidierte Stradivarius. Auf einem Konzert, das das berühmte Streichquartett Lener in Florenz gab, hat sich ein peinlicher Zwischenfall ereignet. Die Künstler kamen gerade nochmals auf die Bühne, um für den Beifall zu danken, als zwei Herren mit strenger Amtsmiene das Podium betreten und dem ersten Geiger Jenö Lener ein Schriftstück vorlegten.

zehn Millionen Lire hat, von einer amerikanischen Freundin, Mrs. Voeler, geliehen bekommen.

Billiger Strom. Die Preise für Gas und Elektrizität sind auch in Paris in der letzten Zeit stark gestiegen, und jedermann möchte natürlich gern billigen Strom beziehen.

Asthma-Heilung durch Psychoanalyse. Der Direktor des Chicagoer Institutes für Psychoanalytische Forschung hat in einem Referat außerordentlich zufriedenstellende Erfolge bei der Behandlung von Asthma durch Psychoanalyse mitgeteilt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Soziale Wandlungen
Die Zentral-Sozialversicherungsanstalt berichtet

In den März-Mitteilungen der Zentral-Sozialversicherungsanstalt wird die Jahresübersicht für 1937 über den Versicherungsstand, den Beschäftigungsgrad der Versicherten und über das Lohnniveau gegeben.

Table with 4 columns: Jahr, absolut, in % d. J. 1929. Rows for 1929-1937.

Im gesamtstaatlichen Durchschnitt bleibt demnach der Krankenversicherungsstand im Jahre 1937 noch um knapp zehn Prozent hinter dem Jahre 1929 zurück.

Table with 4 columns: 1929 absolut, 1937 absolut, i. % d. absolut, J. 1929. Rows for Böhmen, Mähren-Schlesien, Slowakei, Karpatenrußland.

Es waren also 1937 in Böhmen 225.161 Personen oder 14,78 Prozent weniger im Jahresdurchschnitt krankenversichert als 1929.

Für die Entwicklung des Lohnniveaus aufschlußreich ist die Aufteilung der Krankenversicherten nach Lohnklassen.

Table with 4 columns: Lohnklassen, 1937, 1935, 1929. Rows for 1 u. 2, 3, 4 u. 5, 6 u. 7, 8-10.

Im Vergleich zu 1929 waren im Jahre 1937 die unteren Lohnklassen stark gestiegen, während in den höheren Lohnklassen erheblich weniger Versicherte vorhanden waren.

Ein Fall von Gähnen-Zwang. Ein merkwürdiger Fall einer Zwangsneurose ist in dem Krankenhaus von Beacon im Staate New York festgestellt worden.

Die Stiftung für wohlgerogene Knaben. Ein gewisser Davies hat für seinen Heimatstaat Massachusetts eine Stiftung errichtet, die Preise und Stipendien für die wohlgerogenen Knaben von Massachusetts zur Verteilung bringen sollte.

Verlangt überall Volkszänder

am ungünstigsten war, während in Mähren-Schlesien und in der Slowakei die Veränderungen nicht so weitgehend waren.

Vom Jahre 1929 bis 1937 hat der Durchschnitts-Versichertenstand in den drei niederen Lohnklassen (bis 14 Kč Tagelohn) zugenommen in Böhmen um 25 Prozent, in Karpatenrußland um 38 Prozent, in Mähren-Schlesien um 10,1 Prozent und in der Slowakei um 3,9 Prozent.

Der Durchschnitt der mittleren einrechnbaren Tagesverdienste der Krankenversicherten hat sich von 1936 bis 1937 gehoben bei den Männern von 19,01 Kč auf 20,14 Kč, bei den Frauen von 11,69 Kč auf 12,15 Kč.

Die Heberficht der Zentralsozialversicherungsanstalt gewährt einen aufschlußreichen Blick auf die Veränderungen, die sich auf sozialem Gebiete in unserem Staate vollziehen.

Table with 2 columns: Man erhält für, Kč. Rows for 100 Reichsmark, 100 österreichische Schilling, 100 rumänische Lei, etc.

Einmal tragen und wegschmeißen? Das macht man in Amerika, wenn man ein Kleid oder Schuhe aus Papier trägt.

Advertisement for Mein Olivenöl featuring an illustration of a person pouring oil and text: Frühling - Salate - Mein Olivenöl bedeutend billiger!

Prager Zeitung

Emigrantentragödie bei Prag

Der reichsdeutsche M.Dr. R. Philis wohnte seit etwa einem halben Jahr in Modka, wo er eine Stellung in der Fabrik „Inverpharma“ gefunden hatte.

Der rätselhafte Tod des Kürschners Josef Wosl. Am Samstag bei der Liebener Brücke aus der Woldau gezogen wurde, ist bisher nicht ganz aufgeklärt worden.

Der japaner Heinrich Matsumoto, der von der Polizei als Vermittler gesucht wurde, hat sich selbst gemeldet.

Vom staatlichen Fund- und Leihamt in Prag. Mit Erlaß des Präsidiums des Landesamtes in Prag vom 25. März 1938, Zahl 16.898, wurden für das staatliche Fund- und Leihamt in Prag 11 und seine Zweigstellen in Prag III, Dražbice u. a.

Ein Gummitoppich braucht nicht ausgedoppelt zu werden und erleichtert deshalb die Instandhaltungsarbeiten der Wohnung.

Gerichtssaal

Auf dem Umweg über das Strafgericht

Lehrt der heute 49 Jahre alte Straßenbahner Sidniča zu seiner Familie zurück. Das ist das Ergebnis von vierzehn Jahren hiesiger Vermählungen.

Advertisement for Das kleine Rechenwunder BARNETT FIGURING. Kostet nur Kč 2.200-. Addiert - subtrahiert - multipliziert - dividiert.

